

An
Herrn Bundesminister
Dr. Markus Marterbauer
Bundesministerium für Finanzen
Johannesgasse 5
1010 Wien

markus.marterbauer@bmf.gv.at

Wien, am 10. Juni 2025

Anliegen und Positionen zur FfD4-Konferenz in Sevilla

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

als entwicklungspolitische Dachverbände **AG Globale Verantwortung – Arbeitsgemeinschaft für Entwicklung und Humanitäre Hilfe** mit 38 Mitgliedsorganisationen und **Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz für internationale Entwicklung und Mission (KOO)** mit 35 Mitgliedsorganisationen wenden wir uns zusammen mit der **Österreichischen Forschungsstiftung für internationale Entwicklung (ÖFSE)** und dem **Vienna Institute for International Dialogue and Cooperation (VIDC)** bezüglich der vierten internationalen Entwicklungsfinanzierungskonferenz (FfD4), die von 30. Juni bis 3. Juli 2025 in Sevilla stattfinden wird, an Sie. In zwei Briefen haben wir Ihnen zuvor unsere Anliegen und Empfehlungen, insbesondere zur EU-Position und zur Verschuldungsdebatte, übermittelt.

Wir haben mit großem Interesse vernommen, dass Frau Bundesministerin Beate Meisl-Reisinger plant, persönlich an der FfD4-Konferenz in Sevilla teilzunehmen. Dieses Engagement begrüßen wir ausdrücklich, da es Österreichs Bekenntnis zum Multilateralismus und einer ambitionierten und verantwortungsvollen Entwicklungsfinanzierung bekräftigt. Auch zivilgesellschaftliche Organisationen aus Österreich (siehe Anhang) werden vor Ort vertreten sein und wir würden uns über einen persönlichen Austausch mit der österreichischen Delegation, inkl. Vertreter*innen aus dem Finanzministerium, in Sevilla freuen.

Spätestens seit den folgenreichen Budgetkürzungen für die US-Entwicklungsbehörde USAID ist 2025 zu einem richtungsentscheidenden Jahr in der internationalen Entwicklung, Humanitären Hilfe und entwicklungspolitischen Inlandsarbeit geworden. In diesem Kontext nehmen wir die FfD4-Konferenz als eine Chance wahr, um globale Wirtschafts- und Finanzfragen transparent, inklusiv und unter gleichberechtigter Beteiligung aller Länder zu diskutieren. Die laufenden Verhandlungen zum Abschlussdokument der Konferenz zeigen, wie groß die Herausforderungen und der Diskussionsbedarf insbesondere in Bezug auf die Schulden- und Steuerarchitektur, öffentliche Entwicklungshilfeleistungen (*Official Development Assistance*, ODA) und internationale Entwicklungszusammenarbeit (*International Development Cooperation*, IDC) sind.

**Betreff:**

Anliegen und Positionen zur FfD4-Konferenz in Sevilla

Hinsichtlich der bisherigen Verhandlungen in New York

- begrüßen wir, dass sich die EU-Mitgliedsstaaten, darunter auch Österreich, entgegen den Vorschlägen der USA und anderer Länder dafür eingesetzt haben, dass Geschlechtergerechtigkeit, Klimaschutz sowie die Agenda 2030 und ihre 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung im Text des Abschlussdokuments der FfD4-Konferenz erwähnt werden.
- beobachten wir mit Sorge, dass die EU-Mitgliedsstaaten (u.a. auch in den *EU Council Conclusions* zur FfD4 vom 26. Mai) bislang allen Reformvorschlägen für ein gestärktes multilaterales System unter Führung der Vereinten Nationen kritisch gegenüberstehen – insbesondere im Schulden- und Steuerbereich sowie in Bezug auf Reformen des internationalen Finanzsystems.
- heben wir lobend den Bericht des Entwicklungsausschusses (DEVE) des Europäischen Parlaments zur FfD4-Konferenz hervor. Dieser fordert beispielsweise einen UN-geführten zwischenstaatlichen Mechanismus zur Schuldenfrage (*UN-Framework for Sovereign Debt*). Wir empfehlen, die Positionen des DEVE-Ausschusses zu unterstützen und diese in die laufenden Verhandlungen zur EU-FfD4-Position aufzunehmen.

Wir ersuchen Sie, die folgenden Empfehlungen zu unterstützen:

- **Hochverschuldete Länder entschulden und einen zwischenstaatlichen Mechanismus bei den Vereinten Nationen (*UN-Framework for Sovereign Debt*) einrichten**

Wir erwarten, dass eine weitere Stärkung des *Common Framework for Debt Treatments* der G20-Gruppe keine ausreichenden gerechten Lösungen für Schuldnerländer bringen wird, da es sich nach wie vor um einen freiwilligen Rahmen handelt. Auch der Vorschlag der EU, einen jährlichen Dialog zwischen den Vereinten Nationen, dem Pariser Club und anderen offiziellen Gläubigern mit dem IWF und der Weltbank als Beobachter einzuführen, kann die Defizite der derzeitigen internationalen Schuldenarchitektur nicht ausgleichen. Es gilt stattdessen, die Schuldenarchitektur gerecht und inklusiv umzugestalten und die Schuldentragfähigkeit von Ländern des Globalen Südens zu gewährleisten, damit diese künftig über ausreichend Mittel verfügen, um aus eigener Kraft in eine nachhaltige Entwicklung zu investieren. Dafür bedarf es eines multilateralen Abwicklungsmechanismus für Staatsschulden (*UN-Framework for Sovereign Debt*) und eine internationale Schuldenbehörde, welche die Entschuldungsprozesse begleitet (siehe Absatz 43 e).

- **Die UN-Steuerrahmenkonvention unterstützen**

Die derzeit verhandelte UN-Steuerrahmenkonvention würde einen echten globalen Rahmen für das internationale Steuersystem bieten und potenziell höhere Steuereinnahmen bringen, welche vor allem Niedrigeinkommensländer im Globalen Süden dringend für eine nachhaltige Entwicklung benötigen. Der unzureichende OECD-Prozess rund um die Globale Mindeststeuer – die Steueroasen bevorzugt und sowohl die meisten Länder des Globalen Südens als auch Hochsteuerländer wie Österreich klar benachteiligt – war ein Auslöser für die afrikanischen Länder, den Prozess auf UN-Ebene verlagern zu wollen. Ein Bekenntnis zur Konvention und deren Zusatzprotokolle (siehe Art. 23.b) wäre daher ein positives Signal an diese Länder. Wir erachten progressive



Betreff:

Anliegen und Positionen zur FfD4-Konferenz in Sevilla

Fiskalsysteme, eine höhere Besteuerung von ultrareichen Personen (siehe Art. 22.e) sowie eine geschlechtersensible Ausrichtung des Steuer- und Budgetbereichs (siehe Art. 22 g) als besonders unterstützenswerte Inhalte in den FfD4-Verhandlungen.

- **Das Mandat für die Internationale Entwicklungszusammenarbeit (IDC) auf UN-Ebene heben und die Rolle des UN Economic and Social Councils (ECOSOC) aufwerten**

Angesichts der Tatsache, dass sich wohlhabende Länder aus ihrer internationalen Verantwortung zurückziehen und ihre öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen (ODA) kürzen, während sie gleichzeitig ihre Verteidigungsetats erhöhen, gilt es, auch für die IDC einen konsensualen multilateralen Prozess bei den Vereinten Nationen zu etablieren. Dieser ist Voraussetzung für eine Einigung aller beteiligten Länder auf gemeinsame gerechte und wirksame ODA-Parameter sowie auf eine Rechenschaftspflicht. Eine Stärkung des ECOSOC, auch gegenüber den Bretton-Woods-Institutionen IWF und Weltbank, würde zudem die *Global Governance* demokratischer und repräsentativer machen und den langwierigen, bisher erfolglosen Reformprozess der Internationalen Finanzinstitutionen (IFIs, siehe Art. 46 und 47) voranbringen, beispielsweise hinsichtlich des Stimmrechts oder der Zusammensetzung des Direktoriums.

- **Eine klimaneutrale Entwicklungsfinanzierung etablieren**

Damit die planetaren Grenzen, also die Belastungsgrenzen des Klimasystems und der weltweiten Ökosysteme, nicht weiter überschritten und die Lebensgrundlagen von Menschen nicht weiter zerstört werden, ist eine klimaneutrale Entwicklungsfinanzierung längst überfällig, die im Einklang mit dem Pariser Klimaschutzabkommen sowie mit weiteren internationalen Verpflichtungen zum Klimaschutz steht. Diese darf keine weiteren Abhängigkeiten von fossilen Brennstoffen schaffen, sondern muss diese raschestmöglich abbauen und eine ökosoziale Transformation in Ländern des Globalen Südens fördern.

- **Ein transparentes und statistisch integriertes Berichtswesen sicherstellen**

Die Melderichtlinien der OECD wurden über die Jahre hinweg immer weiter ausgedehnt, zuletzt im Rahmen einer ODA-„Modernisierung“. Geberländer können zahlreiche Ausgaben einrechnen, etwa die Unterstützungskosten für Schutzsuchende und die Hochschulkosten für Student*innen aus Drittländern im Geberland sowie teure Kredite bilateraler Entwicklungsbanken. Dadurch untergraben sie die zentrale Rolle der ODA, die sich dadurch immer weniger für die politische Budgetplanung und eine verständliche öffentliche Kommunikation des internationalen Engagements eignet. Österreich und die anderen OECD-Länder sind gefragt, das Aufweichen der ODA zu beenden, deren Qualität zu steigern und auch dem fragwürdigen, ausufernden Konzept des *Total Official Support for Sustainable Development (TOSSD)* eine Absage zu erteilen.

Die herausfordernden globalen Rahmenbedingungen sind kein Hindernis: Die FfD4-Konferenz stellt eine einmalige Gelegenheit dar, den Multilateralismus zu stärken und Allianzen mit Ländern des Globalen Südens zu etablieren. Dies gilt vor allem für die jungen und aufstrebenden Länder auf dem afrikanischen

**Betreff:**

Anliegen und Positionen zur FfD4-Konferenz in Sevilla

Kontinent, die zunehmend zu wichtigen Kooperationspartnern der EU wie auch von Österreich werden. Das zeigen beispielsweise jedes Jahr die erfolgreichen *Africa Days* der WKO. In Hinblick auf die bevorstehenden Abstimmungen über das Abschlussdokument (u.a. am 16. Juni in New York) möchten wir Sie, sehr geehrter Herr Bundesminister, bitten, unsere Empfehlungen zu unterstützen. **Eine gerechte, inklusive, kohärente und verantwortungsvolle Wirtschafts- und Finanzarchitektur, die es insbesondere den ärmsten Ländern der Welt ermöglicht, ihre Finanzierung selbst in die Hand zu nehmen und auf Augenhöhe die globalen Spielregeln mitzubestimmen, sollte das Ziel der FfD4-Konferenz sein.** Dafür ist es aus Sicht der Länder des Südens wie aus Sicht der Zivilgesellschaft unerlässlich, die Vereinten Nationen ins Zentrum der globalen Entscheidungsprozesse zu rücken.

Wenn die FfD4-Konferenz ohne entschlossene Maßnahmen endet, hätte dies weitreichende Konsequenzen: Es würde die Lebenssituation von 1,1 Milliarden Menschen, die in Armut leben, beeinträchtigen, und die Stärke und Stabilität unseres globalen Wirtschafts- und Finanzsystems gefährden.

Sehr gerne möchten wir Ihre Positionen zur FfD4-Konferenz kennenlernen. Wie bereits erwähnt, würden wir uns sehr über ein persönliches Gespräch mit Ihnen und ein Austauschtreffen (ggf. gerne in Sevilla) mit den österreichischen Delegierten aus dem Finanzministerium freuen.

Mit freundlichen Grüßen

Sybille Straubiger

Vorstandsvorsitzende der AG Globale Verantwortung und Direktorin des Vienna Institute for International Dialogue and Cooperation (VIDC)

Anja Appel

Geschäftsführerin der Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz für internationale Entwicklung und Mission (KOO)

PD Dr. Werner Raza

Wissenschaftliche Leitung der Österreichischen Forschungsstiftung für internationale Entwicklung (ÖFSE)

**Betreff:**

Anliegen und Positionen zur FfD4-Konferenz in Sevilla

Anhang

1. Positionspapier zivilgesellschaftlicher Organisationen (AG Globale Verantwortung, Bundesjugendvertretung, KOO, ÖFSE und VIDC)
2. Liste der Vertreter*innen zivilgesellschaftlicher Organisationen aus Österreich, die bei der FfD4-Konferenz in Sevilla teilnehmen werden:
 - **Martina Neuwirth**, VIDC (auch Teil der österreichischen Delegation)
E-Mail: neuwirth@vidc.org
 - **Karin Kuranda**, AG Globale Verantwortung/SDG Watch Austria
E-Mail: karin.kuranda@globaleverantwortung.at
 - **Bernhard Zlanabitnig**, EU-Umweltbüro/European Environmental Bureau/SDG Watch Austria
E-Mail: bernhard.zlanabitnig@eu-umweltbuero.at